

«Die merkwürdigste Wahl von allen»

Heute wird in Nordirland ein neues Regionalparlament gewählt – eine neue letzte Chance zur Selbstverwaltung

SEBASTIAN BORGER, Belfast

Das politische Interesse der Wähler in Nordirland lässt zu wünschen übrig. Das kommt den Extremisten auf beiden Seiten gelegen.

An merkwürdige Wahlen seien die Leute in Nordirland ja gewöhnt, seufzt Barry White, «aber diese ist die merkwürdigste von allen». Und dann zählt der altgediente Kolumnist der führenden Belfast-Zeitung «Belfast Telegraph» auf: «Wir sollen Parteien wählen, die nicht miteinander sprechen, für eine Regionalversammlung, die womöglich nie zusammentritt, und für eine Regionalregierung, deren Protagonisten sich auf kaum etwas einigen können.»

Der Wahlkampf in der britischen Unruheprovinz wirkt tatsächlich ein wenig surreal. Immerhin müssen Protestanten und Katholiken nicht mehr täglich um ihr Leben fürchten, vom knapp 30-jährigen Bürgerkrieg, den das Friedensabkommen vom Karfreitag 1998 beendete, redet niemand mehr. Seit jenem hoffnungsvollen Tag allerdings hat die Bevölkerung auf beiden Seiten von Wahl zu Wahl die Extreme gestärkt; die gemässigten Parteien, welche das Abkommen möglich machten, wurden abgestraft.

EXTREME ZUVORDERST. Wenig spricht dafür, dass sich daran heute Mittwoch etwas ändert. Bei den Protestanten wird die DUP des presbyterianischen Predigers Ian Paisley das Rennen machen, auf katholischer Seite Sinn Fein, der politische Arm der Terror-Truppe IRA. Jüngste Umfragen lassen immerhin auf eine begrenzte Renaissance der gewaltfreien irischen Nationalisten

der SDLP schliessen. Sie reicht aber nicht aus, um Sinn Fein und dessen Parteichef Gerry Adams den Rang abzulaufen.

Weil Adams mit Blick auf die im Frühling bevorstehenden Wahlen in der Republik Irland die demokratische Legitimität seiner Partei demonstrieren will, soll sein wichtigster Gehilfe Martin McGuinness so bald wie möglich als Vizechef der All-Parteien-Regierung in Belfast installiert werden. Dazu aber müsste Ian Paisley (80) Regierungschef werden und mit dem früheren IRA-Boss McGuinness an einem Kabinettsitz sitzen wollen – weshalb aller Augen der politischen Beobachter auf den DUP-Chef gerichtet sind.

IMMERNUR NEIN. Jahrzehntlang hat der fundamentalistische Sektengründer den alttestamentarischen Racheengel gespielt und stets «Nein» geschrien, wenn es um praktische Wege aus dem Bürgerkrieg ging. Zuletzt zahlte sich Paisleys harte Haltung gegenüber den Terror-Verehrn aus: Inzwischen hat die IRA dem bewaffneten Kampf abgeschworen, auch den Zigaretten- und Drogenhandel weitgehend eingestellt. Sinn Fein gelobte kürzlich, Nordirlands neu organisierte Polizei in Zukunft zu unterstützen – für Gegner jeder britischen Präsenz auf der Insel war das ein grosser Schritt.

Nun müsste Paisley zum ersten Mal in seinem langen politischen Leben auch «Ja» sagen und das Bündnis mit Sinn Fein eingehen, welches das Karfreitags-Abkommen ihm vorschreibt. Dabei weigert er sich bis heute, mit Adams und McGuinness zu sprechen.



Verhinderer. Ian Paisley hat sich bisher entscheidenden Schritten zur nordirischen Versöhnung verweigert. Foto Keystone

Einig sind sich die einstigen Todfeinde immerhin in einem: Nach der irischen Regierung in Dublin, die im Januar bis zu fast zwei Milliarden Franken für ein befriedetes Nordirland in Aussicht stellte, soll auch der britische Schatzkanzler Gordon Brown weitere Milliarden springen lassen. Zwar subventionieren die britischen Steuerzahler Nordirland bereits bisher mit umgerechnet knapp 15 Milliarden Franken, aber die öffentliche Infrastruktur ist nach wie vor vielerorts in beklagenswertem Zustand.

Im Wahlkampf herrschte Empörung darüber, dass der britische Nordirland-Minister Peter Hain vom kommenden Monat an erstmals Gebühren für die Wasserversorgung erheben will.

LONDONS DROHUNG. Hain hat sich bei den meisten Politikern herzlich unbeliebt gemacht – ein sicheres Zeichen dafür, dass seine Taktik alles in allem nicht falsch war. Sollten sich die streitlustigen Provinzpolitiker bis Ende März nicht einigen können, «sperrt sich die Regionalversammlung wieder zu», droht

Hain und kündigt eine vertiefte Kooperation mit Dublin an. Das wäre besonders Paisleys Unionisten ein Gräuel.

Trotz aller Skepsis der Polit-Profis – vor Ort wird spürbar, dass in Nordirland so etwas wie Pragmatismus Einzug hält. Eine junge Protestantin aus der überwiegend katholischen Kleinstadt Enniskillen fasst das Lebensgefühl vieler Jüngerer zusammen: «Wir leben nun mal in einer gemischten Gesellschaft, da macht man doch das Beste draus. Politisch interessiert ist ohnehin nur eine Minderheit.»

108 Abgeordnete werden gewählt

LONDON. Jeder der 18 Wahlkreise Nordirlands ist mit sechs Abgeordneten in der Regionalversammlung von Belfast vertreten. Diese Abgeordneten werden heute gewählt. Zur Wahl stellen sich 47 Frauen und 209 Männer. Gewählt sind je Wahlkreis die sechs Kandidaten mit den meisten Stimmen. Die Auszählung dauert voraussichtlich bis Freitag. bor

Indonesiens Justiz misst in Papua mit zweierlei Mass

Obwohl Augenzeugen Polizisten als Schläger identifizierten, lehnt der indonesische Menschenrechtsgerichtshof eine Verurteilung ab



Anwalt. Peneas Lokbere setzt sich für die Rechte der Papua ein. Foto Palma Fiacco

HEINER HILTERMANN

In Papua kämpfen Menschenrechtler einen oft vergeblichen Kampf gegen die indonesische Zentralgewalt.

Der Blick von Peneas Lokbere (30) schweift ins Leere: Im Abepura-Fall gibt es keine Hoffnung mehr. «Ende Januar hat Indonesiens Oberstes Gericht die Berufung abgelehnt», sagt der Menschenrechtler aus Papua. Es habe damals keine Menschenrechtsverletzungen gegeben, behaupten die Richter. Abepura sei ein einfacher Kriminalfall.

Lokbere weiss es besser, der Politologe war schliesslich dabei am 7. Dezember 2000. Gegen Mitternacht hatten Unbekannte die Polizeistation in Abepura überfallen, ein kleines Schul- und Universitätsstädtchen unweit von Jayapura, der Hauptstadt von Papua, der östlichsten Provinz Indonesiens. Zwei Polizisten wurden bei dem Überfall getötet, drei Personen verletzt. Für die rasch alarmierten Kollegen war die Schuldfrage sofort klar: Studenten aus dem

Hochland, die immer wieder mit Protesten gegen die Obrigkeit aufgefallen waren, mussten die Täter sein.

MISSHANDELT. Noch in derselben Nacht stürmten die Sicherheitskräfte mehrere Schüler- und Studentenwohnheime. Türen und Fenster zerbarsten unter den wütenden Angriffen, Schüsse peitschten durch die Luft. Am Ende waren zwei Studenten tot, mehr als 100 trieben die Polizisten auf ihre Station. Viele der Festgenommenen wurden bei den anschließenden Verhören misshandelt, erinnert sich Lokbere. Ein Beweis, dass die Studenten tatsächlich die Polizistenmörder waren, fand sich bis heute nicht.

Zwei Polizisten hatten sich bei den Verhören besonders brutal hervorgetan. Gegen sie erstattete die «Gemeinschaft der Überlebenden des Abepura-Falls» Anzeige wegen Menschenrechtsverletzungen. Doch die Ermittlungen liefen schleppend. «Wir haben den Fall weitergezogen bis vor den indonesischen Menschenrechtsgerichtshof», erzählt Lokbere. Nur mit der Unterstützung von Peacebrigades International (PBI) trauten sich Anwälte und Zeugen überhaupt nach Makassar, der Hafenstadt im Süden Sulawesis, in der das Gericht seinen Sitz hat. PBI-Mitglieder, auch aus der Schweiz, sorgen allein mit ihrer Anwesenheit und Begleitung für Öffentlichkeit und somit für Schutz.

ÖFFENTLICHKEIT SCHAFFEN. Auf den Prozess hatte die Anwesenheit der PBI-Mitglieder allerdings keinen Einfluss. Die Richter sprachen die Polizisten von jeder Schuld frei – ein Urteil, das nun auch das Oberste Gericht in Jakarta bestätigt hat. Peneas Lokbere hofft, den Fall durch internationale Aufmerksamkeit nochmals aufrollen zu können. Darum informiert Lokbere derzeit in Eu-

ropa über den Fall Abepura und die Situation in Papua. Denn die bleibe kritisch. Immer wieder kommt es zu Zusammenstössen zwischen indigenen Papua und der indonesischen Polizei. Dabei tritt gar nicht immer die separatistische OPM (Befreiungsbewegung Westpapua) in den Vordergrund. Die OPM ist – auch nach Einschätzung der Interna-

tional Crisis Group – relativ schwach und wird vom indonesischen Militär als Alibi für Gewaltaktionen missbraucht, mit denen es seine Pfründen beim illegalen Holzschlag verteidigt. Darüber erregen sich mehr Papua, als über die verwehrte Unabhängigkeit.

Diese Woche kehrt Peneas Lokbere nach Papua heim. Ob er sich darüber

freut? Nicht unbedingt, sagt er. Seine Auftritte in Europa haben ihm Publizität verschafft, das ist sicher von den Botschaften beobachtet worden, vermutet er. Zur Sicherheit hat Peneas Lokbere wieder die Begleitung von Peacebrigades International beantragt.

> www.baz.ch/go/papua
> www.peacebrigades.ch

Papua – von der niederländischen zur indonesischen Kolonie

ANSCHLUSS. Indonesien hat sich 1949 seine Unabhängigkeit erkämpft. Papua allerdings behielt die Kolonialmacht Holland weiter unter Kontrolle. Der Westteil der Insel Neuguinea sollte, so die Absicht Den Haags, eigenständig unabhängig werden. Es kam anders. Auf Drängen Indonesiens und unterstützt von den USA kam das Gebiet 1963 unter indonesische Verwaltung. 1969 durfte die Bevölkerung über den künftigen Status des Landes entscheiden: Die grosse Mehrheit stimmte für den Anschluss an Indonesien. Jakarta soll allerdings, so der Vorwurf der Separatisten, die Wahl massiv manipuliert haben. Die Befreiungsbewegung von Papua (OPM), fordert seither eine neue Abstimmung unter internationaler Aufsicht. Ob diese ein anderes Ergebnis brächte, ist fraglich. Denn Indonesien hat lange eine expansive Siedlungspolitik verfolgt und Menschen von der überbevölkerten Insel Java in andere Provinzen umgesiedelt. Ausgestattet mit Land und Werkzeug konnten sie sich dort eine neue Existenz aufbauen. In Papua soll der Anteil dieser indonesischen Einwanderer mittlerweile rund 40 Prozent betragen. Das Personal von Militär und Polizei kommt grösstenteils aus Java oder



Begehrtes Land. Papua ist reich an Edelmetallen und Bodenschätzen. Grafik R. Heeb

von einer der anderen zentralen Inseln Indonesiens. Die Provinzgouverneure jedoch sind indigene Papua, ebenso wie die Verwaltungschefs der 29 Distrikte. Sie verfügen sowohl über politische wie auch steuerliche Macht, seit Jakarta 2001 der Provinz einen Sonderautonomie-Status verliehen hat. Korruption ist aber auch unter Papua ein grosses Problem. Die Schwierigkeit, Papua zu regieren, hat 2003 durch die nach dem Autonomie-Statut illegale Aufteilung in die Provinzen Papua und Irian Jaya (der «Vogelkopf») noch zugenommen. Ganz aktuell soll auch die Region um Merauke

als Provinz Südpapua abgetrennt worden sein. Hintergrund könnte sein, dass die Menschen in den Küstengebieten und in Irian Jaya als Indonesien-freundlich gelten, während das zentrale Bergland eher den Separatisten zuneigt. Papua ist reich an Bodenschätzen (Kupfer, Gold) und Edelmetallen. Im Meeresboden vor dem «Vogelkopf» im Nordwesten werden zudem grosse Ölvorkommen vermutet. 2,2 Millionen Menschen leben hier auf 422 000 km², einer Fläche etwa zehnmal so gross wie die Schweiz. Das zentrale Gebirge ragt mehr als 5000 Meter auf. heh